

Quo vadis universitas?

Zur Umgestaltung der Universitäten in Deutschland¹

Nikolaus Werz

Seit Mitte der 1990er Jahre wird in der deutschen Öffentlichkeit heftig über die Zukunft der deutschen Universität diskutiert. Ein alarmistischer Ton bestimmte die Debatte: Die Deutschen gäben mehr Geld für Alkohol aus als für die Bildung, die Universitäten seien „verrottet“, die Professorenschaft sei zu innerer Reform unfähig und das Bildungsniveau insgesamt gesunken (Daxner 1996; Glotz 1996). Neuere Daten erhärten das kritische Bild: Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind im Bundeshaushalt und in fast allen Bundesländern (Ausnahme: Bayern) niedriger als in anderen europäischen Staaten, gleichzeitig erhalten deutsche Schüler und Studenten bei internationalen Vergleichen schlechte Noten. Bildung und Erziehung geraten sogar zum Wahlkampfthema, wie zuerst die Landtagswahlen 1999 in Hessen gezeigt haben.

Nach der eher düsteren Bestandsaufnahme erfolgten in den vergangenen Jahren weit reichende Veränderungen, die sich vor allem aus dem 1999 begonnenen Bologna-Prozess ergaben. Er verfolgt drei Hauptziele: Die Förderung von Mobilität, von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und der Befähigung zu früherer Beschäftigung. Dies soll durch die Schaffung von leicht verständlichen und vergleichbaren Abschlüssen geschehen und durch die Einführung eines Leistungspunktesystems, des *European Credit Transfer System* (ECTS).

Die Ausführungen sind in vier Punkte gegliedert: Zunächst geht es um Geschichte und Idee der deutschen Universität, anschließend um die Entwicklung der Universitäten in den beiden deutschen Teilgesellschaften bis 1989/90, es folgt ein kurzer Blick auf die Geschichte der Universität Rostock und daran schließt sich eine vorläufige Bilanz der aktuellen Reorganisation der deutschen Universität an.

1. Geschichte und Idee der deutschen Universität

Wenn im Folgenden von der deutschen Universität gesprochen wird, dann bezieht sich dies auf den idealen Entwurf, der sich im 19. Jh. herausbildete und bis weit ins 20. Jh. auch im Ausland als vorbildhaft galt. Zentral für die Idee der deutschen Universität war der Gedanke der Autonomie und der Bildung (Ellwein 1992). **Autonomie** soll - durchaus in Anlehnung an Niklas Luhmann - die Fähigkeit eines Systems bedeuten, die Anforderungen der Umwelt nach eigenen Regeln aufzugreifen. **Bildung**, ein Begriff der sich kaum in andere Sprachen übersetzen läßt, bedeutet sowohl den Prozeß, in dem der Mensch seine geistig-seelische Gestalt findet, als auch die Bildung selbst. Wir finden diesen Gedanken im deutschen Bildungsroman wieder und in dem Bildungskanon, der für das Bildungsbürgertum und lange Zeit auch für die gymnasiale Ausbildung galt.

¹ Conferencia (en idioma original) pronunciada por el Dr. Nikolaus Werz el día 26 de junio de 2008 en el Honorable Senado de la Nación, en el marco del Seminario de Investigación “Universidad y Democracia: los desafíos de una política del conocimiento” organizado por el Observatorio de Políticas Universitarias y Educación Superior de la Universidad Nacional de San Martín.

„Humboldts Erbe wird verspielt“, lautete die Titelüberschrift auf der ersten Seite von 'Die Zeit' am 17. Mai 1996, mittlerweile gehen manche davon aus, dass mit dem Übergang von Humboldt zu Bologna nicht nur die deutsche Universität, sondern auch eine Lebensform untergegangen sei (Seibt 2007). Auch wenn das Denken der Brüder Humboldt besonders in Westdeutschland an Bedeutung verloren hat, in Krisenzeiten wird gerne daran appelliert. Deshalb seien hier kurz einige Elemente des idealen Humboldt'schen Entwurfs benannt: Diese Idee der Universität entstand aus dem Umbruch von 1810 und fand ihren institutionellen Niederschlag in der Berliner Universität durch Wilhelm von Humboldt 1807. Er hatte u.a. in dem Text „Theorie einer Bildung des Menschen“ seinen am Individuum orientierten Bildungsbegriff entwickelt, wonach sich das Individuum in Auseinandersetzung mit der Umwelt formt und bildet. Zu den Prinzipien der Humboldt'schen Universität gehören: „Einsamkeit und Freiheit“, „Einheit von Forschung und Lehre“, „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“, „universitas litterarum“ und der Auftrag einer „geistigen und sittlichen Bildung“. Solche Vorstellungen waren natürlich nur im Rahmen einer überschaubaren Universität zu realisieren. Die Universität des 19. Jh. ist deshalb auch als Professorenrepublik bezeichnet worden, in der sich alle Ordinarien direkt an der Selbstverwaltung beteiligten. Prägend für diese Universität waren die herausragenden Köpfe, die aufgrund ihrer Forschungsleistungen zum Teil Weltgeltung erlangten und später als Mandarine bezeichnet wurden. Der Niedergang dieses Universitätsentwurfs ist deshalb auch in einem Buch von Fritz K. Ringer als „The Decline of the German Mandarins“ (1969) bezeichnet worden.

„Die Größe und Würde dieser einmaligen ‚Erfindung‘ lag - und liegt - in ihrer Autonomie, die von Anfang an mehr und anderes war, als nur sozio-politische oder rechtliche Selbständigkeit, vielmehr beinhaltete, keine Dienstleistungsfunktion zu haben, jedenfalls nicht in einem politisch, ökonomisch oder ideologisch verwertbaren Sinne“ (Krippendorf 1996:436). Die Universität hatte in diesem Entwurf primär eine generelle Bildungs- und nur sekundär eine Ausbildungsfunktion, hinzu kam die Aufgabe der Forschung und der Förderung der Wissenschaft. Forschung soll sich, folgen wir diesem Entwurf, rein an der Erkenntnis ausrichten, worin sie sich von der Auftragsforschung unterscheidet. Kennzeichnend für sie ist auch die Interdisziplinarität, ohne daß dieser Begriff damals so verwendet wurde.

Diese ideale Vorstellung der Universität ist immer wieder in Frage gestellt worden. Zu einem geringeren Teil hat dies an den Universitäten selbst gelegen bzw. an dem Fehlverhalten von Professoren, zum anderen aber an den politischen Verhältnissen und dem jeweils vorherrschenden Zeitgeist. Nicht alle Gelehrten waren dem Ideal der akademischen Wertfreiheit gewachsen. Schon im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik erlitt die Idee der Universität Rückschläge: Die Mehrheit der Professoren und der Studenten stand der parlamentarischen Demokratie reserviert bis ablehnend gegenüber. Einige Universitäten waren sogar Vorreiter bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Nicht alle Wissenschaftler haben also dem Ideal der akademischen Wertfreiheit entsprochen, sie förderten vielmehr Machtstaatsdenken und eine imperiale Außenpolitik. Trotzdem hat die Universität bis in die Nachkriegszeit immer wieder große Gelehrte und Forscherpersönlichkeiten hervorgebracht. Zum Teil lag dies daran, daß die deutsche Universität im Grunde unpolitisch war oder zumindest sein wollte und die Professoren neben individuellen politischen Fehlleistungen die Wissenschaft mit besonderer Pflichterfüllung fortführten.

Das Ende dieser Idee der Universität wurde vor allem durch die Entwicklung zur Massenuniversität und die Tendenz zur Verschulung eingeleitet. Dagegen wurde periodisch Kritik artikuliert. So formulierte der Philosoph Karl Jaspers 1961: „Entweder gelingt die Erhaltung der deutschen Universität durch Wiedergeburt der Idee ... oder sie findet ihr Ende im Funktionalismus riesiger Schul- und Ausbildungsanstalten für wissenschaftlich-technische Fachkräfte“ (zitiert nach Jäger 1995:17). Denn die eigentliche Reform der Universität, so Jaspers, sei die Auswahl der besten Köpfe.

Eine Reihe von Wissenschaftlern und Rektoren, die sich an der Neugründung der Universitäten nach 1990 beteiligt haben, setzten auf eine Wiederbelebung dieser Idee der Universität. Während der Staat seit Mitte der 90er Jahre vor allem auf Evaluation setzt (Bsp.: das Centrum für Hochschulerneuerung = CHE), müßte sich die Universität aus sich selbst heraus erneuern, was ein verstärktes Engagement der Professoren in den Hochschulgremien und ein größeres Maß an Kollegialität voraussetzen würde.

2. Zur Entwicklung der Universitäten in den beiden deutschen Teilgesellschaften

Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg bedeuteten einen Aderlaß für die deutsche Universität. Neben den Wissenschaftlern, die ermordet und denen, die ins Exil getrieben wurden, waren es die Zerstörungen bei den Bücherbeständen, der materiellen Ausstattung sowie an dem Gedanken der Universität selbst.

Erstaunlicherweise hat sich die Universität recht gut erholt: Ein Teil der verstoßenen Wissenschaftler hatte den Gedanken einer freien Forschung mit ins Exil genommen und dort mit Erfolg fortgesetzt. So geht der Aufstieg der nordamerikanischen Soziologie mit auf das Wirken der exilierten deutschen Intellektuellen zurück, ähnliches läßt sich aus einzelnen südamerikanischen Ländern berichten, dort allerdings stärker im Bereich der Naturwissenschaften. Trotz des Aderlasses begannen die Universitäten schnell wieder zu arbeiten. Es herrschte eine Aufbruchstimmung und ein Hunger nach Wissenschaft, allerdings von einer ‚skeptischen Generation‘ getragen. Die Universitäten knüpften an das Konzept von vor 1933 an, ohne die Zeit des Nationalsozialismus intensiv aufzuarbeiten, was ihnen später von den 68ern in Westdeutschland vorgehalten wurde. In den ersten Jahren verläuft die Entwicklung in der BRD und der DDR noch ansatzweise parallel, zumal ein Teil der in der DDR berufenen Professoren anfangs noch einen bildungsbürgerlichen Hintergrund hatte.

Ein Einschnitt in der Auseinanderentwicklung der deutschen Universitäten wird durch das Jahr 1968 markiert, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen:

In **Westdeutschland** beendete die 68er Studentengeneration bzw. deren Folgen die alte Ordinarienuniversität. Mit dem Spruch „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren!“ wiesen sie zurecht auf die Überalterung der deutschen Universität hin, die von ihnen in Go-ins und Sit-ins umgesetzten Formen der Gruppenarbeit fernab vom Leistungszwang und im Interesse einer gesellschaftlichen Umgestaltung standen vom Ansatz her in der Tradition der klassischen Universitätsidee. Sie verstanden die Universität und vor allem das Leben der Studenten als Freiraum von der Gesellschaft, wollten aber gleichzeitig in die Gesellschaft zurückwirken. Nach der sog. skeptischen Generation, so Helmut Schelsky, sind die 68er die zweite politisch wirkende Generation in Westdeutschland, zumal ihr Engagement auch aus einer Abrechnung mit den Vätern bestand bzw. mit der Rolle, die diese im Nationalsozialismus eingenommen hatten. Mit 20-jähriger Verspätung kam es somit zur Rückkehr einer zunächst verdrängten Geschichte, d.h. der Frage der Verstrickung der älteren Generation in den Nationalsozialismus.

Neben den positiven Effekten der 68er Generation, die angesichts einer weitgehend kulturellen Betrachtung in der Rückschau in den Vordergrund gestellt werden, stehen jedoch einige negative Folgen von 1968 für die Universität. Dazu gehören:

1. Der Traditionsbruch und Auflösung jeglicher akademischer Rituale;
2. die Entstehung einer Gruppenuniversität, die im Ergebnis die Anspruchslosen prämiert;
3. der humanistische Bildungsbegriff wurde durch die Veränderung des Lehrangebots in einigen philosophischen Fächern unterlaufen, gleichzeitig verlor der Gedanke der individuellen Verantwortung an Bedeutung, da summarisch das System bzw. die Gesellschaft dafür verantwortlich gemacht wurden;
4. die Frage des Umgangs mit den 68ern polarisierte und spaltete die Professorenschaft; es entstanden lebenslängliche Feindschaften, die die Zusammenarbeit unter den Kollegen bis zur Pensionierung erschwerten.

Die 68er sind auch als eine „glücklich gescheiterte Generation“ (Claus Leggewie) bezeichnet worden, denn einige ihrer Nachfolgegruppen an den Universitäten zeichneten sich durch eine gehörige Portion Dogmatismus aus. Allerdings kann man sie nicht für alles verantwortlich machen, was sich nach 1968 an den deutschen Universitäten entwickelt hat. Auch wenn die meisten von ihnen für eine Demokratisierung und einen erleichterten Hochschulzugang eintraten, so konnten sie doch nicht voraussehen, in welchem Ausmaß die 1977 erfolgte Öffnung der westdeutschen Hochschulen die deutsche Universität verändern würde.

Die **Hochschulpolitik in der DDR** wurde durch verschiedene Hochschulreformen markiert. Am Anfang stand die Phase der sog. antifaschistisch-demokratischen Ordnung mit der 1. Hochschulreform, die zu den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) führte. 1951 fand die 2. Hochschulreform statt und zwar im Vorfeld des Beschlusses der zweiten Parteikonferenz der SED im Jahre 1952, wonach die Grundlagen des Sozialismus zu errichten seien. Zur Hochschulreform gehörten:

1. Die Einführung des Marxismus-Leninismus als Pflichtfach für alle Studiengänge;
2. die Einführung des Russischen als obligatorische Sprache;
3. die Einrichtung von Prorektoren für Studienangelegenheiten und für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium;
4. die Einbeziehung der offiziellen SED- und FDJ-Repräsentanten in den Senat.

Die 3. Hochschulreform des Jahres 1968 bedeutete schließlich den Bruch mit der bisherigen Tradition. Bis 1968 hatten in den meisten Fakultäten noch solche Professoren das Sagen, die in der deutschen Universitätstradition verwurzelt waren und weder ihre Bildung noch vor allem ihren akademischen Status allein der SED verdankten. Auf Personalentscheidungen übten sie nach wie vor Einfluss aus. Nach 1968 wurden die bisherigen Fakultäten und Institute aufgelöst, an ihre Stelle traten Sektionen auf der Grundlage eines oder mehrerer verwandter Fachgebiete.

Die „Kaderpolitik“ brachte einen großen Schub von Berufungen parteipolitisch genehmer Kandidaten. Der Historiker Armin Mitter führt auf der Grundlage von Akten des Zentralkomitees aus: „Im Jahre 1962 ergingen von 415 ausgesprochenen Berufungen aller Wissenschaftszweige lediglich 44 % an Habilitierte“ (Mitter 1995:390). Dabei gab es deutliche Unterschiede nach Fächern: „Während in den naturwissenschaftlichen Fakultäten 20 bis 40 % SED-Mitglieder waren, waren es an den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten 90 %“. Schon Anfang der 1950er Jahre habe in ZK-Analysen gestanden, dass die Mehrheit der Hochschullehrer, die an den Universitäten in einem historischen Fach tätig waren, nicht hinreichend fachlich qualifiziert sei. Mitter weist darauf hin, dass es ein enormer Unterschied gewesen sei, in Berlin zu studieren, „wo es relativ günstige Möglichkeiten gab, an Literatur

heranzukommen oder beispielsweise in Rostock, wo eine katastrophale Universitätsbibliothek vorhanden war“ (Mitter 1995:391).

Eine weitere Folge der Reform von 1968 in der DDR war die Einführung des Studienjahres, die letztlich eine völlige Planung des Studiums über mehrere Jahre hinweg vorsah und dadurch die Selbständigkeit der Studierenden enorm einschränkte. Größere Freiräume gab es danach erst wieder bei den Forschungsstipendiaten. Eine Folge der 3. Hochschulreform war es, dass z.B. an der Universität Rostock keine Vorlesungsverzeichnisse mehr erschienen.

Nach 1968 entwickelten sich also die Universitäten in Ost- und Westdeutschland immer weiter auseinander. Zu den systembedingten Unterschieden traten in Westdeutschland zunehmend regionale Differenzen: Die sog. Reformuniversitäten (Bochum, Konstanz u.a.), die weitgehend Neugründungen sind, sahen anders aus als die Traditionsuniversitäten. Durch die Entstehung von sog. linken Hochburgen (damals Bremen und die FU Berlin) entstand eine Hochschullandschaft mit Unterschieden, die sich erst in den 1990er Jahren, nach dem Nachlassen der politischen Gegensätze, wieder angeglichen haben.

Die deutsch-deutsche Wissenschaftsentwicklung der Nachkriegsjahrzehnte in Stichworten

	1950-er Jahre	1960er-Jahre	1970er-Jahre	1980er-Jahre	1990er-Jahre	2000er-Jahre
DDR	Zentralisierung, Gegenprivilegierung, Kaderpolitisierung	Technokratische Modernisierung, Hochschulexpansion	Expansionsrücknahme, Disziplinierung	Krise, Generationsblockade	Abwicklung, Transformation Utilitarisierung, Flexibilisierung	Managerialisierung, Re-Bürokratisierung, Föderalisierung, Verschulung
Bundesrepublik	Restauration	Hochschulexpansion, kulturelle Durchlüftung, Demokratisierung	Expansionsfortsetzung, Pädagogisierung	Generationsblockade, Unterfinanzierung, Bürokratisierung	Auflösung der Generationsblockade	

Pasternack, Peer: Wissenschaft und Politik in der DDR – Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 3/2008, S. 516.

3. Zur Entwicklung an der Universität Rostock

Als Standardwerk kann nach wie vor „Die Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität 1969“, 2 Bände aus DDR-Zeiten gelten. Die Gliederung des ersten Bandes folgt dem klassischen Revolutionsschema: Von ihrer Gründung 1419 bis zur Französischen Revolution 1789; Geschichte der Universität Rostock von der Französischen Revolution 1789 bis Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917; Die Universität Rostock von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In Abschnitt 2 wird zwischen der inneren Entwicklung, der politischen Geschichte der Universität sowie ihrer Wissenschaftsgeschichte unterschieden, wobei die einzelnen Fakultäten separat dargestellt werden.

Im Vorwort wird eine zur 400-Jahr-Feier der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1958 erschienene zweibändige Geschichte als Vorbild genannt. Für den Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung wurde auf die achtbändige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verwiesen, die unter der Leitung von Walter Ulbricht entstand. Die Darstellung ist jedoch, wenn man von dem genannten Etappenschema absieht, in den Ausführungen zumindest des ersten Bandes nicht übermäßig dogmatisch und schematisch. Allerdings liegt ihr insofern ein etwas schiefer Blickwinkel zugrunde, als es um die „Entwicklung unserer Universität zur sozialistischen Bildungsstätte“ (XV) geht, der dann auch der gesamte zweite Band gewidmet ist. Grundlage des Werkes sind mehrjährige Forschungsarbeiten, Dissertationen und eine Habilitation. Die politische Ausrichtung zeigt sich auch darin, dass besonders ausführlich und kritisch solche Professoren dargestellt wurden, die sich um 1900 an der Kolonial- und Flottenpropaganda beteiligten, später die im Flugzeugbau beschäftigten Wissenschaftler (Heinkel) sowie diejenigen, die den frühen Aufstieg des Nationalsozialismus an der Universität Rostock unterstützten. Die Wertungen zur Wissenschaftsgeschichte und den Leistungen der Universität bis 1945 fallen vergleichsweise kritisch aus. Die Autoren verweisen wiederholt darauf, dass die Professoren nur relativ kurze Zeit in Rostock blieben, für deutsche Verhältnisse eher schlecht bezahlt wurden und dass auch die Informationen über die einzelnen Wissenschaftler an anderen Orten aufgesucht werden mussten. Dadurch sei das Niveau der Universität insgesamt eher niedrig gewesen; als Ausnahme wird die Juristische Fakultät in den 1930er Jahren erwähnt, d.h. zu einer Zeit, als u.a. Walter Hallstein dort tätig war.

Ganz kurz etwas zu den Studentenzahlen:

SoSe 1929	1.666
SoSe 1933	2.686
WS 1935/36	1.067

Auffallend an Rostock ist der frühe Einflussgewinn des nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes (NSDStB), der bereits im SoSe 1931 die absolute Mehrheit erreichte.

Nach 1933 kam es zu einem Abbau des Personalstandes mit dem Ergebnis, dass 1935/36 nur noch 99 Lehrkräfte beschäftigt waren (Geschichte 1969:253). Frühzeitig wurde das Führerprinzip im Konzil vom 21.6.1933 beschlossen. In einem Artikel aus dem Mecklenburgischen Monatsheft von 1933 heißt es dazu: „Der Rektor als Führer der Universität sollte Berufung und Auftrag vom Staat erhalten, der Senat vom Rektor bestellt, sollte den Charakter eines Führerrats tragen. Auch die Dekane sollten nicht mehr von der Fakultät gewählt, sondern vom Rektor in ihr Amt berufen werden“ (Schulze 1939:287). Zwischen Dozenten und Studenten habe ein kameradschaftliches Band bestanden. Der

NSDStB gründete Kameradschaften, „die in Rostock die verpflichtenden Namen Blücher, Theodor Körner und General Lizmann tragen und etwa 70 % der jungen Semester umfassen“ (Schulze 1939:288). Als Vorzüge der Universität Rostock wurden u.a. die modernste Zahnklinik Europas erwähnt, die Luftfahrttechnische Abteilung am Mathematischen Seminar (eine Stiftung des Ehrendoktors Heinkel) und die Schaffung einer würdigen Eingangshalle (mit der Büste des Führers).

Nach 1945 herrschte in Rostock durchaus eine Aufbruchstimmung an der Universität. Die Studentenschaft der ersten Stunde lehnte die Politisierung der Wissenschaft ab. Ab SoSe 1947 wurde dann die Pflichtvorlesung „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ mit Anwesenheitslisten eingeführt. Die Rektorenwahl wurde vom Konzil in den Senat verlegt, wo die FDGB-Vertreter in der Mehrheit waren.

An der Universität gab es liberale und kritische Studenten, der Jura Student Arno Esch war der bekannteste von ihnen. Er wurde 1951 in der SU hingerichtet.

1952 wurde der Studentenrat aufgelöst. Sukzessive erfolgte die Hinwendung zur Arbeiterklasse und die Erziehungsfunktion der Universität hin zur allseits entwickelten sozialistischen Persönlichkeit.

Günter Wildenhain, nach 1998 Rektor der Universität Rostock, hat in seiner „Analyse zur Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der Ausgangslage in den drei Nordbezirken der DDR“ geschrieben, „dass die Erziehung zur Heuchelei ein hervorstechendes Merkmal des DDR-Bildungssystems war“ (Wildenhain 1996:8). Er weist auch darauf hin, dass die scheinbaren Vorzüge des Hochschulwesens der DDR durch ideologische Grundvoraussetzungen bedingt waren, auf die sich ein Rechtsstaat nicht einlassen könne. Dies zeigt sich in folgenden Bereichen:

1. Durch die strikte Einbindung des Studienganges in die Planwirtschaft und die üppige personelle Ausstattung der Hochschulen entstand nicht der Massenandrang, der an den altbundesdeutschen Hochschulen vorherrscht. Diese Überlast an den westdeutschen Hochschulen, die für die Dozenten eine z.T. erhebliche Arbeit bedeutet, ist ein Preis für den freien Bildungszugang.
2. Die Regelstudienzeit wurde durch Reglementierungen, Gängelungen und Beschneidungen der individuellen Freiheit durchgesetzt. Die Seminargruppen waren im wesentlichen mit den FDJ-Gruppen identisch, Vorlesungen und Seminare zu M-L waren in der Diplomphase Pflichtveranstaltungen.

Ein weiteres Merkmal war, dass die Lehrerausbildung vollständig von der Fachausbildung abgekoppelt wurde, was weder der historischen noch internationalen Tradition entspricht. Deshalb wurde ab 1990 auch der Versuch unternommen, die Lehrerausbildung wieder enger an die universitäre Fachausbildung heranzuführen (Wildenhain 1996:16).

Die Anstöße zur friedlichen Revolution 1989 gingen in Mecklenburg-Vorpommern nicht von den Universitäten und Hochschulen aus. Eine der ersten Maßnahmen des neuen Senats war die Streichung des Namens Wilhelm Pieck Universität.

Die Transformation der Universität war bis 1992 abgeschlossen, danach wurde sie, so zumindest aus der Sicht der daran Beteiligten, sogar wieder sukzessive wegen Einsparungen rückgängig gemacht, wofür finanzielle Gründe den Ausschlag gaben. Eine Folge davon war der Rückzug vieler (nicht aller!) an der Neuerungsphase Beteiligten aus dem aktiven Universitätsleben.

Das Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften wurde 1992 gegründet und konnte 2002 das zehnjährige Bestehen feiern (vgl. Bizeul u.a. 2002). Das Institut verfügt über die Grundausrüstung von Instituten für Politikwissenschaft, d.h. drei Lehrstühle. Ursprünglich war noch ein Lehrstuhl für Empirische Wahlforschung vorgesehen bzw. eine Stelle für Didaktik der Sozialkunde. Trotz zahlreicher Gespräche mit dem Ministerium und dem Rektorat ist es bislang nicht gelungen, die entsprechende Stelle zu besetzen. Als einziges der neuen Bundesländer verfügt Mecklenburg-Vorpommern deshalb nicht über eine Professur zur Didaktik der politischen Bildung. Bislang wird diese Aufgabe in Kooperation mit dem Institut für Soziologie über Lehraufträge ausgefüllt.

4. Bilanz und Ausblick

Nach 1989 erfolgte eine Ausdehnung des westdeutschen Universitätssystems auf Ostdeutschland; Mecklenburg-Vorpommern bildet eine gewisse Ausnahme, da hier durch die Überleitung einzelner Fakultäten und durch die Möglichkeit zur Selbstbewerbung von Landeskindern bessere Voraussetzungen für die Übernahme bestanden. Mit dieser Ausdehnung sollte im Grunde das „klassische Modell“ der Universität revitalisiert und übertragen werden, was z.T. auch daran lag, dass sich in den Gründungskommissionen vor allem Kollegen engagierten, die noch dem humanistischen Universitätsgedanken verbunden waren. Was für diese Kollegen galt, trifft aber auf die von westdeutschen Universitäten berufenen jüngeren Wissenschaftler nicht mehr unbedingt zu, viele der neuen Professoren kamen zudem von Forschungseinrichtungen.

In den 1990er Jahren gerieten die umstrukturierten Universitäten in eine schwierige Phase und zwar aus verschiedenen Gründen:

- Ein Teil der ostdeutschen Kollegen zog sich nach dem Engagement im Prozeß der Neugründung zurück, was dazu führte, dass die westdeutschen Kollegen auch bei den Dekanen und Institutsdirektoren überwiegen (Pasternack 1996:372).
- Ein Teil der neu Berufenen aus dem Westen hatte sich aus verschiedenen Gründen nur mit halber Kraft auf das Unterfangen eingelassen, weshalb z.T. die Vermutung geäußert wurde, sie setzten auf einen Rückruf in die alten Bundesländer. Mit der Einführung der W-Besoldung 2005 dürften sich solche Hoffnungen zerschlagen haben.
- Die Integrationskraft der „neuen Universität“ ist schwach, zum einen weil eine übergeordnete Idee nach dem Schwung der ersten Transformationsphase fehlt, zum anderen weil die finanziellen Mittel gering waren und neue Umverteilungskämpfe oder sogar die Schließung einzelner Bereiche debattiert wurde.

Auf die Transformation Anfang der 1990er Jahre an den ostdeutschen Universitäten folgte nun eine zweite Transformation der gesamten deutschen Universitätslandschaft, mit der die meisten Universitäten in den neuen Ländern schlechter zurechtkamen als besonders die Universitäten im Süden der Republik. Nur einige Punkte seien hier genannt:

- Internationalisierung, zu der sowohl die Lehre in englischer Sprache als auch der Aufbau interessanter Studiengänge für den internationalen Markt gehören (besonders fortgeschritten scheinen hier einige europäische Kleinstaaten und Holland zu sein);
- Interdisziplinarität und gleichzeitig die in den neueren Gründungen wieder aufgenommene Idee eines „studium generale“;
- Flexibilität bei gleichzeitiger intensiver Betreuung/Tutoring der Studenten für neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder;
- die Fähigkeit, Globalhaushalte an den Fakultäten selbst zu verwalten bzw. Drittmittel aus den bundesdeutschen bzw. europäischen Töpfen zu akquirieren;

- Teilnahme an dem internationalen wissenschaftlichen Diskurs, der sich zunehmend in englischer Sprache entfaltet;
- Attraktivität für ausländische Studierende, wobei ein Teil der ostdeutschen Universitäten aufgrund ihrer Ausstattung und den Vorbehalten gegenüber Ausländern in Teilen der Bevölkerung im Nachteil ist.

Die aktuelle Debatte um eine Hochschulreform und Zusammenlegungen zeichnet sich durch Hektik aus. Diejenigen, die schnelle Lösungen versprechen, steigen in der Gunst der Kultusministerien. Eine besondere Vorliebe der Kultusministerien gilt Begriffen wie Evaluierung und Didaktisierung. Jürgen Mittelstraß, Autor des Buches „Die unzeitgemäße Universität“, schreibt in diesem Zusammenhang: „Ein schwerwiegendes Problem der Hochschuldidaktik ist, dass sie aus der Schuldidaktik gewonnene Gesichtspunkte auf die Universität überträgt und sie dabei in hochschulpolitischer Hinsicht durch Fragen nach Struktur, Funktion und Wirklichkeit des Wissenschaftssystems erweitert. Darin stellt sich die Hochschuldidaktik in ihren beibehaltenen Ansprüchen als die geheime Rache der Pädagogik an der Universität angesichts ihrer eigenen wissenschaftlichen Bedeutungslosigkeit dar“. Es bestehe die Gefahr, dass sich die Hochschulen in konturenarme, übergroße Lehranstalten mit einer wachsenden Dominanz des Lehraspekts gegenüber dem Forschungsaspekt entwickelten. „Die Schule nimmt Eingang in die Hochschule“, schreibt Mittelstraß und bezeichnet „die Didaktisierung und Pädagogisierung aller Hochschulverhältnisse als Heimsuchung“ (Süddeutsche Zeitung: 29./30.6.1996).

Es ist bezeichnend, dass die einzige Neugründung einer Universität in den 1990er Jahren in Erfurt einen nahezu klassischen Bildungs- und Elitebegriff verfolgt. In sog. Eckprofessuren werden renommierte Wissenschaftler ausgewählt, auch die Studenten sollen bereits an den Schulen ausgesucht werden bzw. durch internationale Büros, u.a. in Brüssel. Das Lehrangebot besteht aus einer Mischung von modernen und klassischen Bereichen. Peter Glotz wollte z.B. den Begriff der Staatswissenschaften wieder einführen mit folgender Begründung: „Im Zeitalter der Deregulierung muss der Begriff zurück gewonnen werden. Die Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät soll als European School of Government entwickelt werden. Public Economics, Makro-Ökonomie; Internationale Politik, Complexity Management sollen der Dominanz der Allokations- und Effizienzökonomie entgegenwirken“ (Glotz 1997:179). Das Studium soll durch ein Creditpoint-System, studienbegleitende Prüfungen und Tutorien transparent sein, die Wissenschaftssprache Englisch soll dem Deutschen gleichgestellt werden. „Di-Mi-Do-Professoren, die ihren Bindestrich verwalten und ihre Studenten für eine Belästigung halten“, solle es nicht geben, stattdessen regelmäßige Donnerstags-Dinner der Mitarbeiter. Solche Vorstellungen von einer Universität nehmen viele Elemente der klassischen Universitätsidee auf.

Nach den Veränderungen und Teilprivatisierungen der vergangenen Jahre stellt sich die Universitätslandschaft differenziert dar. Die Zahl der Universitäten ist in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen und liegt 2008 bei 339. Der Anteil der weiblich besetzten Professuren beträgt nur 15,2%.

Von einigen wird die aktuelle als die **einschneidenste Reform seit Humboldt** bezeichnet. Bis 2010 sollen europaweit vergleichbare Bewertungssysteme und Studiengänge entstanden sein. Die bisherigen Abschlüsse, die teils als Diplom, teils als Lizentiat bezeichnet wurden, sollen vereinheitlicht werden. Auf die Phase des BA, der die Grundlagen liefert, soll dann der eher forschungsorientierte MA folgen. Im Unterschied zu den USA ist der BA in Deutschland auf drei Jahre angelegt, dort dauert er vier Jahre. Er soll berufsqualifizierend sein, d.h. ein Teil der BA-Abgänger verlässt danach die Universität. Diejenigen, die den MA-Studiengang

einschlagen, besitzen dann wieder eine klarere Ausrichtung auf die Wissenschaft. In Deutschland sollen die einzelnen Magisterstudiengänge sogar themenspezifisch sein. Nur noch wenige Universitäten haben einen allgemeinen Magisterstudiengang Politikwissenschaft. Auch das Doktorandenstudium soll demnächst strukturiert erfolgen – in sog. Graduiertenschulen oder Graduiertenkollegs. Es handelt sich also um eine deutliche Veränderung eines Systems, das bislang stark an einzelnen Ordinarien orientiert war, die auch selbst die Forschungsthemen auswählen konnten.

Eine weitere nicht unproblematische Neuerung ist das Herausstreichen der **Interdisziplinarität**. Sie ist demnach weniger eine selbst gewählte, sondern eine verordnete Maßnahme. Die Gefahr liegt darin, dass die eigenen Fachdisziplinen ihr Profil verlieren und bei wichtigen Entscheidungen nicht mehr gefragt werden. Ein Beispiel: Ist es sinnvoll, bei einer Dissertation zur Wissenschaftsgeschichte Lateinamerikas auch einen Germanisten oder Althistoriker zu befragen?

Und wer entscheidet schließlich über die Neuausrichtung an den Fakultäten und die Mittelvergabe? Dies soll zunehmend über **Evaluationen** erfolgen. Evaluierer, Zertifizierer, Akkreditierer und eine Controlling-Bürokratie nehmen eine wachsende Rolle an den Universitäten ein. Neben den vorhandenen Strukturen entstehen sie als „Querstrukturen“; sie verfügen weder über stabile finanzielle Mittel, noch über eine demokratische oder fachliche Legitimation. Was die Universitäten früher für die Forschung ausgeben konnten, fließt nun teilweise in *public relations*. Der Erfolg bei einer Evaluation kann wichtiger werden als der in der Forschung. Ein begeisterter Gutachter kann für die Forschung ein echter Killer sein, schreibt einer englischer Kollege. Etwa dann, wenn die Kriterien für die Evaluation von den Naturwissenschaften auf andere Fächer übertragen werden. So publizieren die exakten Wissenschaften mittlerweile meist in Gruppen und in englischer Sprache. Dies ist aber für die Geisteswissenschaften nicht unbedingt ein förderliches Verfahren.

Im Rahmen der so genannten **Exzellenzinitiative**² hat in den vergangenen Jahren eine Umwandlung des deutschen Universitätssystems durch die Forschungsförderung begonnen. Während die alte Konzeption mit den Begriffen „Föderalismus“, „Chancengleichheit“ und „Vielfalt“ dem Pluralismus verpflichtet war, setzt die neue Rhetorik auf „Wettbewerb“, „Differenzierung“, „Profilbildung“, „Exzellenz“ und „Elite“ (Münch 2007: 29). Die Untersuchung von Richard Münch zeigt indessen, dass nicht eine Konkurrenz zwischen einzelnen Universitäten besteht, sondern zwischen einzelnen Forschern. Die Mittel für Grundlagenforschung wurden zurückgefahren, die Drittmittelforschung ausgebaut. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fördert eher Großprojekte, wobei das Matthäus-Prinzip gelte „Wer hat, dem wird gegeben“; die Professoren werden zu Drittmittelinwerbern und Verwaltern. An die Stelle der in den philosophischen Fächern wichtigen Einzelpublikationen würde die Drittmittelinwerbung treten. Sie ist auch für die Einordnung in den Forschungs-Rankings ausschlaggebend. Mit einer empirischen Untersuchung erbringt Münch den Nachweis, dass zumindest in Deutschland eher der Einzelforscher die Leistungen erbringt und nicht die gesamte Universität oder das jeweilige Institut. Insofern sei der Bewertungsmaßstab verkehrt; die staatliche Förderpolitik würde einseitig Großprojekte und Monopole fördern und alternative Ansätze erschweren.

Lassen Sie mich abschließend in fünf Punkten zusammenfassen:

² Mit der Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative sollen „Leuchttürme“ der Wissenschaft in Deutschland entstehen, die auch international ausstrahlen. Für die Hochschulen stehen 2007 im Rahmen der Exzellenzinitiative 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung, 75% davon trägt der Bund.

- 1.) Nach **1989/90** stand das Universitätssystem im vereinigten Deutschland vor **erheblichen Herausforderungen**. Die damaligen Evaluationskommissionen führten vor allem im gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich Einschnitte durch, die zur „Abwicklung“ von belasteten Sektionen (z.B. Marxismus-Leninismus) führten. Dabei bestanden Unterschiede zwischen den verschiedenen Universitäten, was das Ausmaß des personellen Austausches anbelangt. Es wurde versucht, an die idealistisch-humanistische Tradition der Humboldtschen Universität anzuknüpfen. Dass dies nur partiell gelang, lag zum einen an der Herkunft der neu berufenen Professoren, die teils ihren Wohnsitz nicht in den neuen Bundesländern nahmen, teils aber mehr in der 1968er Tradition standen als die mehr der humanistischen Tradition verpflichteten Kollegen, die die Berufungskommissionen leiteten. Hinzu kamen die Mitte der 1990er Jahre einsetzenden Kürzungsprogramme.
- 2.) Mit dem **Bologna-Prozess** setzte eine bundesweite Re-Strukturierung der Universitäten ein. Sie führte zu einem Rückzug der noch in den 1990er Jahren Aktiven. Sie folgte stärker einem europäischen als einem nationalen Trend. Die eigenen Wissenschafts- und Universitätstraditionen wurden dadurch vernachlässigt, eine wirkliche inneruniversitäre Debatte fand dazu nicht statt. Die Bürokratie und die Ministerien waren die Akteure, nicht die Wissenschaftler.
- 3.) Der Bologna-Prozess folgt einer neuen Tendenz zur **europäischen Konvergenz**. Er ging vor allem von einer europäischen Hochschulbürokratie und der Globalisierung aus und nicht von wissenschaftlichen Denkanstößen. Ein neuer Humboldt ist nicht in Sicht, hat Jürgen Mittelstrass geschrieben. Es fehlt eine Idee der Universität. Die Geisteswissenschaften spielen eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu den Natur- und sog. exakten Wissenschaften, die den gewandelten Anforderungen stärker zu entsprechen scheinen. Verändert haben sich aber auch die Erwartungen der Studenten.
- 4.) Insgesamt läuft die aktuelle Transformation der Universitäten auf eine **halbe Nordamerikanisierung** der europäischen Universitäten hinaus – einzelne sprechen sogar von einer „Selbstkolonialisierung“ (Nida-Rümelin 2006). Sie zeigt sich in der Einführung von moderaten Studiengebühren (rund 500 Euro pro Semester), die derzeit in Deutschland von rund 70% der Studenten entrichtet werden. Die Stimmung bei den Studenten und den Parteien ist eher gegen solche Veränderungen, die in einzelnen Bundesländern – wie in Hessen 2008 – wieder zurückgenommen wurden. Auch insofern handelt es sich um eine halbe Neuausrichtung, weil nicht nur die jetzt sichtbar werdenden Unterschiede zwischen den Universitäten abgelehnt werden, sondern auch die Umsetzung des Wettbewerbsprinzips zwischen den Fakultäten und Professoren auf Widerstände stößt. Darüber hinaus bestehen markante Unterschiede in der Umsetzung der Reform. In den neuen Bundesländern handelt es sich bereits um die zweite Reformwelle an den Universitäten nach der „Neugründung“ der Hochschulen 1990.
- 5.) Im europäischen und weltweiten Vergleich sind die **deutschen Universitäten** nach wie vor **unterfinanziert**. Dies gilt weniger für den baulichen Zustand der Hochschulen als für die finanzielle und personelle Ausstattung. Entstanden ist eine eigentümliche Mischform zwischen Elementen der alten Ordinarienuniversität und den neuen Konzepten wie den Juniorprofessuren. Die W-Besoldung bedeutet vor allem weniger Gehalt für die neu berufenen Professoren. Im Vergleich mit den guten englischen Universitäten haben die deutschen Universitäten rund ein Drittel weniger Dozenten. Die Umsetzung der neuen Maßnahmen, bei der die Rektoren oder auch Präsidenten eine wichtige Rolle spielen, erfolgt weniger entlang eines demokratischen als eines bürokratischen Verfahrens. Die Bedeutung, die den Veränderungen in der seriösen Presse (FAZ, SZ und Die Zeit) beigemessen wird, entspricht nicht dem

Interesse einer breiten Öffentlichkeit. Ungeklärt bleibt das Verhältnis zwischen privaten und staatlichen Maßnahmen in der etatistischen Tradition Deutschlands.

Wenn die Universität und ihre Fakultäten wirklich selbst gestaltend in die aktuelle Debatte eingreifen wollten, müsste sie die Idee der Universität aktualisieren. Dazu gehört auch die Bereitschaft, sich im Kollegenkreis zu engagieren, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren und gewisse Regeln einzuhalten, die nicht autoritativ verfügt, sondern Ergebnis eines Konsenses sind, der auf die größtmögliche Entfaltung der wissenschaftlichen Tätigkeiten und Fähigkeiten der einzelnen Kollegen abzielt. Wenn es uns gelänge, diese hochgesteckten Kriterien einzuhalten, dann könnten wir uns dem annähern, was Max Weber als den „Beruf zur Wissenschaft“ bezeichnet hat.

Literatur

Alexander von Humboldt Stiftung, Publikationsverhalten in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen. Beiträge zur Beurteilung von Forschungsleistungen (Diskussionspapiere Nr. 12) 2008

Bizeul, Yves u.a. 2002: Zehn Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften: Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 17), Rostock

CHE Studienführer 2008/09

DAAD, Das Tempus-Programm und andere EU-Hochschulkooperationen mit Drittländern. Laufende Projekte mit deutscher Beteiligung 2007

Daxner, Michael 1996: Ist die Uni noch zu retten? Zehn Vorschläge und eine Vision, Hamburg

Ellwein, Thomas 1992: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M.

Förster, Christian 2007: Troja oder Bologna? Die Reform des Hochschulwesens zwischen Pfadabhängigkeit und Angleichung, WiP Wirtschaft & Politik 37

Glutz, Peter 1996: Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf an Deutschlands Universitäten, Stuttgart

Ders. 1997: Die Erfurter Idee, in: hochschule ost 2(1997), S. 178-181

Glück, Helmut 2008: Sprachfreies Denken gibt es nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 25.4.2008

Donoghue, Frank 2008: The Last Professors. The Corporative University and the Fate of the Humanities, New York

Hartmann, Michael 2007: Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt

Hartung, Manuel J./Jan-Martin Wiarda 2008: Der große Feldversuch, in: Die Zeit, 17.1.2008

HRK, Zur Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative, Empfehlung des 108. Senats am 27.05.2008

HRK 2008: Bologna in der Praxis. Erfahrungen aus den Hochschulen, Bielefeld

Jaspers, Karl 1980: Die Idee der Universität, Berlin

Jäger, Wolfgang 1995: Die Idee der Universität neu beleben, in: Freiburger Uni-Magazin 6, S. 16-17

Jochum, Uwe 2008: Wissenschaftsranking, in: Merkur 62/4, S. 346-350

Krippendorf, Ekkehart 1996: Die Idee der Universität, in: PROKLA, a.a.O., S. 431-440

Leggewie, Claus 1993: Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität, in: Die Zeit, 5.3.1993, S. 93

Lenzen, Dieter (Hrsg.) 2007: „Going Global“. Die Universitäten vor neuen nationalen und internationalen Herausforderungen, Köln

Mayntz, Renate (Hrsg.) 1994: Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M./New York

Mittelstraß, Jürgen 1994: Die unzeitgemäße Universität, Frankfurt a.M.

Ders. 1996, Reparatüre mit Regelungswut, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 29./30.6.1996, S. 29

Ders. 2008: Der Geist und die Geisteswissenschaften, in: FAZ, 14.1.2008

Mitter, Armin 1995: Beitrag als Zeitzeuge auf der 33. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Baden-Baden, III,1, S. 389-392

Münch, Richard 2007: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz, Frankfurt a.M.

Muszynski, Bernhard (Hrsg.) 1993: Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschulen, Opladen

Nida-Rümelin, Julian 2006: Hochschulpolitik und die Zukunft der Geisteswissenschaften, in: APuZ 48, S. 3-7

Pasternack, Peer 1996: Wandel durch Abwarten. Ost und West an ostdeutschen Hochschulen, in: Deutschland Archiv 29(1996)3, S. 371-380

Derselbe 2008: Wissenschaft und Politik in der DDR – Eine Kontrastbetrachtung im Vergleich zur Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv 3(2008), S. 516

PROKLA 26 1996: Universität

Ringer, Fritz K. 1987: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933 (am. Orig.: The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community 1890-1933, Cambridge MA 1969), München

Schily, Konrad 1994: Wege aus der Bildungskrise. Ein Plädoyer für Freiheit und Selbstverantwortung der Hochschulen, Düsseldorf/Wien/New York/ Moskau

Seibt, Gustav 2007: Ende einer Lebensform, in: SZ 21.6.2007

Universität – exzellente Bildung?, in: Wort und Antwort, 49(2008)1

Wildenhain, Günter 1996: Analyse zur Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der Ausgangslage in den drei Nordbezirken der DDR, angefertigt im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Versöhnung“ des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Rostock (Manuskript)

Zur Universität Rostock

Ammer, Thomas 1969: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock, Köln

Forschungsgruppe Universitätsgeschichte (Hrsg.) 1969: Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität, 2 Bde., Berlin

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1997: Hochschulgesamtplan Mecklenburg-Vorpommern gem. § 108 LHG; Schwerin

Maeß, Gerhard 1994: Die Universität Rostock auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland, in: Renate Mayntz (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt am Main/New York, S. 137-163

Der Rektor der Universität Rostock (Hrsg.) 1994: Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. 575 Jahre Universität Rostock, Rostock

Schnitzler, Elisabeth 1974: Die Gründung der Universität Rostock 1419, Köln

Wockenfuß, Karl 1995: Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989, Rostock

Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock

Die neue Universität. Organ der SED-Parteileitung der Universität Rostock, Rostock 1960-1989

Rostocker Universitätszeitung 1990 ff.

Universität Rostock 1996: Zuarbeit der Universität Rostock zum Hochschulgesamtplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern